

Wilhelm Hundorf
SPD-Fraktion Ortschaftsrat Minseln
Martin-Luther-Str. 5
79618 Rheinfelden-Minseln

Uwe Wenk
SPD-Fraktion Ortschaftsrat Karsau
Schützenstr. 8
79618 Rheinfelden-Karsau

Offener Brief „Vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen A 98.5 als Reaktion auf das Schreiben der Regierungspräsidentin Schäfer vom 2.6.2017“

Sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin Schäfer,

in Ihrem Schreiben vom 2. Juni 2017 an Herrn Oberbürgermeister Eberhardt zeigen Sie sich „irritiert“ über die Beschlussfassungen der Ortschaftsräte Minseln und Karsau bezüglich der vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen für die A 98.5 im Abschnitt Karsau-Schwörstadt. In beiden Gremien wurde mit großer Mehrheit ein Antrag der SPD-Fraktion angenommen, in welchem ein Nachverhandeln in dieser Sache gefordert wird. Als antragstellende Fraktionen nehmen wir zu Ihrem Schreiben vom 2. Juni 2017 wie folgt Stellung:

Zunächst einmal möchten wir feststellen, dass uns der Zeitpunkt sowie die Art und Weise, wie die Beschlussfassung über das Thema „Vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen A 98.5“ in den Gremien hätte stattfinden sollen, sehr befremden. Die Beschlussvorlage der Verwaltung kam für den Ortschaftsrat Minseln in den Osterferien, nachträglich, nachdem die Einladung zur nächsten Ortschaftsratssitzung bereits verschickt worden war, und sollte zunächst nichtöffentlich behandelt werden. Weitere Informationen zu erhalten war aufgrund der Urlaubszeit kaum möglich, eine gemeinsame Infoveranstaltung wurde seitens der Verwaltung abgelehnt. Erst während der Sitzung wurde den Ortschaftsräten mitgeteilt, dass über den Punkt doch öffentlich beraten werden müsse, so dass er von der Tagesordnung der nichtöffentlichen Sitzung abgesetzt werden musste. Das ganze Vorgehen konnte den Eindruck erwecken, dass da eine ganz wichtige Frage – wenn es nach Ihnen, Frau Regierungspräsidentin, geht, sogar eine Frage, die entscheidend sein kann dafür, ob die A 98.5 überhaupt gebaut werden kann – dass also, eine solch bedeutende Frage direkt nach den Osterferien mal eben in den Ortschaftsräten und im Hauptausschuss nichtöffentlich beraten, am besten einfach abgenickt werden sollte. Vertrauensbildend ist ein solches Vorgehen nicht.

Zeit genug, über das Thema Artenschutz und Ausgleichsmaßnahmen in diesem Gebiet auch mit uns Betroffenen einmal zu sprechen, wäre wahrlich gewesen. Seit Jahren ist bekannt, dass es in diesem Bereich zwischen Minseln und Karsau nicht nur die europarechtlich geschützte Bechsteinfledermaus, sondern noch weitere streng geschützte Tierarten, gibt. Und dann kommt eine solche Beschlussvorlage, eine solche für die Autobahn entscheidende Beschlussvorlage, zu einem Zeitpunkt, zu dem uns seit Monaten suggeriert wird, die Offenlage für die A 98.5 stehe unmittelbar bevor. Mit großer Presseresonanz wurde verkündet, dass jetzt endlich der Gesehenvermerk, der Sichtvermerk des Bundesverkehrsministeriums vorliegt und jetzt, hieß es, stünde der Offenlage nichts mehr entgegen. Und dann erfahren wir, dass ein solch zentraler Punkt wie diese Artenschutzfrage noch nicht einmal durch die Gremien ist. Wenn das die Planungskompetenz des Regierungspräsidiums ist, dann wundert es uns nicht, dass wir seit Jahrzehnten auf der Stelle treten und es mit dem Autobahnbau nicht vorangeht. Und dass man jetzt versucht, die Schuld für Verzögerungen ausgerechnet den Ortschaftsräten von Minseln und Karsau in die Schuhe zu schieben, das setzt dem Ganzen die Krone auf. Beide Ortsteile haben großes Interesse daran, dass die A 98.5 zügig gebaut wird. Wir haben in Minseln große Sorge davor, dass wir vermutlich für viele Jahre das Autobahnende direkt vor der eigenen Haustüre haben werden. Das ist kein Pappenstiel für ein drei Kilometer langes Straßendorf. Und natürlich sollen die Bürgerinnen und Bürger in Beuggen und Riedmatt und selbstverständlich auch die in Schwörstadt entlastet werden. Das steht doch ganz außer Frage.

Aber wir haben auch eine Verantwortung. Nicht nur für Fledermäuse und andere geschützte Tierarten, sondern auch für die Menschen und die Landschaft. Was hier gebaut wird, hinterlassen wir unseren Kindern und den nachfolgenden Generationen. Und weil wir ihnen keine lärmgefüllte, zerstörte Dinkelberglandschaft hinterlassen wollen, deshalb fordern wir seit Jahren eine Überdeckung in diesem Bereich. Übrigens in großer Einmütigkeit von Ortschaftsräten und Gemeinderat.

Die Stadt selbst hat 2012 eine Machbarkeitsstudie zum Thema Überdeckung in Auftrag gegeben; erinnern wir uns doch, was damals festgestellt wurde. Hier ein paar Zitate:

„Insbesondere die vielen zum Teil sehr alten Streuobstwiesen und Streuobstweiden kennzeichnen den Raum als historische Kulturlandschaft. Der Raum hat bis heute seine Eigenart behalten.“

Oder: „Der gesamte Landschaftsbildraum Äcker, Grünländer und Obstwiesen zwischen Minseln und Karsau wurde [...] mit einer *hohen* Landschaftsbildqualität und einer *hohen* Empfindlichkeit eingestuft.“

Oder: „Der Dinkelberg ist ein grenzüberschreitender Landschaftsraum (D/CH) mit hohem Natur- und Erholungswert [...] Eine nachhaltige Entwicklung des Dinkelberges ist sowohl in Bezug auf seine ökologische Funktion wie auch in Bezug auf die Siedlungsqualität und Erhalt der Kulturlandschaft von zentraler Bedeutung“. Der Dinkelberg gilt als „profilierter Naherholungsregion mit beachtlichen Wertschöpfungsperspektiven.“

Oder: Die „Kartierung weist im Planungskorridor etliche stark gefährdete Biotoptypen und Pflanzenarten auf. Ebenso ist eine Vielzahl seltener Tierarten (teilweise Rote Liste) vorzufinden. Insbesondere Fledermaus- und Vogelarten.“

Wenn wir das alles nicht schon selber wüssten, denn jeder, der einmal da oben in Karsau steht und auf die geplante Trasse schaut, erkennt den Wert dieser Landschaft, wenn wir es also nicht schon selber wüssten, hier hätten wir es nochmal Schwarz auf Weiß.

Und wir haben in dieser Studie eine Sichtweise, die vollkommen der Intention der Anträge der SPD-Fraktionen entspricht. Es wird nämlich der gesamte Siedlungs- und Landschaftsraum zwischen Karsau und Minseln betrachtet. Und das ist die einzig sinnvolle Betrachtungsweise! Es gibt hier nichts auseinander zu dividieren. Sie, Frau Regierungspräsidentin schreiben, unsere Interessen seien „sachfremd“, weil die zu schützenden Fledermäuse nicht im Bereich der Wiesenlandschaft, sondern etwas östlich davon im Wald leben. Ja, was ist das denn? Natürlich müssen wir den gesamten Abschnitt zwischen Karsau und Minseln im Blick haben, das ist doch eine Einheit, die kann man doch nicht nach Belieben zerhackstückeln und behaupten, was hundert Meter weiter hinten ist, hat mit dem was vornedran passiert nichts zu tun. Das muss man von Planern doch wohl erwarten, dass sie zweihundert Meter weiterdenken, insbesondere auch, weil nachgewiesen ist, dass gerade die Bechsteinfledermaus nicht nur den Wald als Lebensraum benötigt, sondern auch die Wiesen und die Obstbäume in Streuobstwiesen.

Nein, hier gibt es nichts künstlich auseinanderzudividieren, wir haben selbstverständlich den gesamten Abschnitt zwischen Minseln und Karsau im Blick und diesen Autobahnabschnitt wollen wir gebaut haben, so umweltverträglich wie möglich, so schonend für Menschen, Landschaft und geschützte Arten wie möglich. Und das geht nur mit einer Überdeckung, und deswegen haben die Ortschaftsräte Minseln und Karsau mit großer Mehrheit für den Antrag der SPD gestimmt, hier noch einmal Verhandlungen aufzunehmen.

Politische Entscheidungen sind immer Interessenabwägungen, sind immer Kompromisse. Und selbstverständlich haben wir das Recht und sogar die Pflicht unsere Interessen bestmöglich zu vertreten. Wir wollen nicht, dass die fraglichen Grundstücke rein nach ihrem Holzwert, nach ihrem wirtschaftlichen Ertrag bewertet werden; diese Grundstücke haben einen Mehrwert, das zeigt doch schon allein die Tatsache, dass sie für den Autobahnbau so dringend nötig sind.

Also muss hier nachverhandelt werden, müssen die verschiedenen Interessen gegeneinander abgewogen werden. Selbst Sie, Frau Regierungspräsidentin, schreiben, dass die Ortschaftsräte hier lokale Interessen vertreten. Ja, das tun wir, selbstverständlich. Und wir hoffen, dass **alle** Mandatsträger hier unsere lokalen Interessen vertreten, was denn sonst?

Die SPD-Fraktionen in den Ortschaftsräten Minseln und Karsau nehmen die Sorge, dass der Weiterbau der A 98 verzögert oder gar verhindert werden könnte, sehr ernst. Also müssen wir uns fragen, verzögern oder verhindern wir mit diesem Antrag den Autobahnbau? Wir sind uns sicher, nein, das tun wir nicht.

Warum?

Was die Verhinderung anbelangt: der Antrag fordert keineswegs, die fraglichen Grundstücke grundsätzlich nicht zur Verfügung zu stellen, sondern er fordert – wie schon erläutert – Nachverhandlungen, um unsere Interessen besser zu vertreten. Wenn Sie nun, Frau Regierungspräsidentin, schreiben, die bisherige Planung des RP sei „alternativlos“ (auch so ein Totschlag-Nichtargument), dann muss schon mal gefragt werden, wer verhindert denn dann? Doch nicht diejenigen die kompromissbereit sind und verhandeln wollen, sondern diejenigen die versuchen, hier eine Basta-Politik nach dem Motto „so oder gar nicht“ zu betreiben. Also, an diesem Antrag und den Ortschaftsräten liegt eine Verhinderung des Autobahnbaus garantiert nicht, wir wollen den Weiterbau, wir wollen ihn so schnell und so menschen- und umweltgerecht wie möglich und wir sind verhandlungs- und kompromissbereit.

Zum Thema Verzögerung

Das ist allerdings ein Kapitel für sich. 2007 ist das Planfeststellungsverfahren für diesen Autobahnabschnitt 98.5 gescheitert. Damals gingen im Zuge der Offenlegung zahlreiche Einsprachen gegen die Planung ein, und insbesondere die Stellungnahme des Bundes für Umwelt- und Naturschutz hat wohl letztlich dazu geführt, dass das Regierungspräsidium selber erkannt hat, dass hier eklatante Planungsfehler vorlagen und dringend nachgebessert werden musste. Der BUND hat übrigens damals schon auf die Beeinträchtigung der Landschaftspflege und mehrfach auch auf die Bechstein-Fledermaus hingewiesen. Außerdem heißt es in der Stellungnahme: es existieren im Planungsraum mehrere geeignete Alternativlösungen, auch im Hinblick auf die bautechnische Gestaltung der Trasse.

Seit dem Scheitern 2007, erhalten wir in mehr oder weniger großen Abständen Nachrichten darüber, wann denn nun mit dem Weiterbau der A 98 zu rechnen sei. Zitat aus einem Gesprächsprotokoll vom Juli 2009:

„Das Regierungspräsidium geht davon aus, dass der Abschnitt A 98.4 bis zur Anschlussstelle Karsau bis 2013 fertig gestellt wird. Ziel ist es, im direkten Anschluss daran mit dem Bau des Folgeabschnittes A 98.5 zu beginnen. [...] eine erneute Offenlage ist für 2010 vorgesehen.“

Nun, das hat ja wohl nicht so ganz geklappt. Jetzt haben wir 2017. Und es besteht die Gefahr, dass, wenn die Planung so in die Offenlage kommt, für Einsprüche und Klagen erneut Tür und Tor geöffnet sind. Und das sorgt dann wirklich für Verzögerungen. Das letzte Mal hat uns das jetzt schon 10 Jahre gekostet. Das wollen wir nicht noch einmal.

Wir wollen von vorneherein eine möglichst umweltschonende Planung mit Schutz für Mensch, Fledermaus und Landschaft. Zitat aus dem Jahr 2013 – damals war die Offenlage übrigens für November 2013 vorgesehen, hat dann aber auch nicht geklappt – also Zitat: „Nach Rücksprache mit Herrn Walther [vom RP] wäre eine Einarbeitung einer Überdeckelungsvariante technisch in drei bis vier Wochen darstellbar.“

Wir glauben, diese drei bis vier Wochen hätten wir dann schon noch Zeit.

Zumal ja noch gar nicht klar ist, wie nach Schwörstadt weitergebaut werden soll. Es wird dort auch zunächst keine Abfahrt geben. Das heißt, selbst wenn wir morgen anfangen zu bauen, es kann auf dieser Strecke kein Auto fahren. Die Straße wird nicht verkehrswirksam, sondern bleibt womöglich über Jahre als „Dobrindt-Sackgasse“ zwischen unseren Dörfern liegen, ohne jeglichen Nutzen, aber mit sehr viel Schaden. Bis hier das erste Auto fahren kann, ist noch viel Zeit, zum Überdeckelungen planen.

Bei so vielen ungeklärten Fragen, ist es bestimmt nicht dieser Antrag der SPD-Fraktionen der den Weiterbau der Autobahn verhindert oder verzögert. Im Gegenteil. Das RP plant die Autobahn, wir Ortschaftsräte tragen dazu bei, dass es besser plant.

Nun noch ein letzter Punkt: Es wurde ja immer wieder bestätigt, dass eine Überdeckelung in diesem fraglichen Bereich wirklich sehr wünschenswert wäre. Auch das Regierungspräsidium betont ja an anderer Stelle, wie vorteilhaft eine Tunnellösung ist. Hier ein Zitat aus dem Regierungspräsidium, bei welchem es um die Überdeckelung Groß Ehrstädt bei Murg geht: „Durch den Tunnel wird ein wirkungsvoller Lärmschutz für die neben der BAB liegende Wohnbebauung erreicht, außerdem entfällt die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes.“

Ja, genau, das sehen wir auch so, und genau das trifft auch auf die Situation zwischen Minseln und Karsau zu.

Uns wird aber immer nur eine Kosten-Nutzen-Analyse vorgerechnet, bei der Landschaftsschutz anscheinend überhaupt keine Rolle spielt. Das ist ja auch schwierig. Wie beziffert man den Wert einer Landschaft? Wieviel Euro kostet eine schöne Aussicht, wieviel volkswirtschaftlichen Nutzen bringt die Erholungsfunktion, die gute Luft, die Ruhe einer Landschaft. Was ist das Wert? Wie kann man das in Euro beziffern? Das ist eine große Schwierigkeit, wenn man das in eine Kosten-Nutzen-Analyse einbringen muss. In Euro.

Nun haben wir zum ersten Mal eine andere Situation. Das Regierungspräsidium kann durchaus berechnen, was die Trasse kostet, wenn wir unsere Grundstücke zur Verfügung stellen, und was sie kosten würde, wenn wir das nicht tun. Damit hätten wir zum ersten Mal einen wirklich bezifferbaren Wert. Und dieser Wert ist unsere Verhandlungsmasse, denn wir sind uns sicher, dass, so gerechnet, eine Autobahn mit Überdeckelung zwischen Karsau und Minseln preisgünstiger ist als eine ohne.

Diese Grundstücke sind das, was wir bei Nachverhandlungen in die Waagschale der Kosten-Nutzen-Analyse einbringen können – wir wollen sie nicht aus der Hand geben, ohne dafür zu sorgen, dass unsere berechtigten Interessen Gehör finden.

Niemand will den Autobahnbau verhindern, niemand will ihn verzögern. Die beiden Ortsteile Minseln und Karsau sind diejenigen, die am stärksten von diesem Autobahnbau betroffen sind. Auf ihren Gemarkungen liegen die fraglichen Grundstücke, auf ihren Gemarkungen wird die Trasse liegen. Die Ortschaftsräte beider Ortsteile haben sich eindeutig mit großer Mehrheit für die Annahme des SPD-Antrags entschieden.

Mit freundlichen Grüßen

SPD-Fraktion Ortschaftsrat Minseln:


Wilhelm Hundorf

SPD-Fraktion Ortschaftsrat Karsau:


Uwe Wenk